

## Vor 100 Jahren, von August bis November 1923, Hyperinflation in Deutschland

*Bernd Meyer, BPP-Seniormitglied*

Die Porti der Reichspost von 1916–1923 waren ein deutlicher Ausdruck der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen im Reich.

Am 18. Januar 1919 begannen in Versailles die Verhandlungen der Sieger des 1. Weltkrieges mit der jungen Weimarer Republik. Der Leiter der deutschen Delegation in Paris, Graf Brockdorff-Ranzau bezeichnete öffentlich den Friedensvertrag als „... unser Todesurteil und die Aberkennung unserer Ehrenrechte“. Die Regierung und die Weimarer Nationalversammlung waren gezwungen zu unterschreiben, um den angedrohten Einmarsch der Sieger in das Reichsgebiet abzuwenden. Ende April 1921 wurden die Reparationsschulden auf 132 Milliarden Goldmark festgesetzt. Zusätzlich mussten stark industrialisierte deutsche Gebiete abgetreten werden.

Im Dezember 1922 stellte die alliierte Reparationskommission einen lächerlichen Fehlbetrag bei den Reparationen fest, der den Einmarsch französischer und belgischer Truppen ins Ruhrgebiet zur Folge hatte. Fassungslos über die Ruhrbesetzung ab 11. Januar 1923 durch Frankreich und Belgien (bis 1925) wurde seitens des Reiches „passiver Widerstand“ auf allen Ebenen angeordnet. Dies kostete 40 Millionen Goldmark pro Tag, da die deutsche Regierung und damit das Reich die Bezahlung der Arbeiter und weitere Verbindlichkeiten übernehmen musste. Diese Belastung konnte nur durch Drucken neuen Geldes aufgebracht werden.

Am 23. Februar 1923 wurde im Reichstag ein Notgesetz beschlossen, welches die Regierung ermächtigte, finanzielle, ökonomische und soziale Vorschriften zu erlassen, um die hohe Inflation bekämpfen zu können. So wurde sofort die strengere Bestrafung von ungerechtfertigten Preiserhöhungen, Preistreiberei der Händler, Wucher, Verletzung von Im- und Exportbestimmungen eingeleitet. Die Reichsbank wurde verpflichtet, ihre hohen Gold- und Devisenreserven zur Stützung der Mark einzusetzen. Dies war für kurze Zeit auch erfolgreich.

Ende April 1923 änderte sich die Situation dramatisch, da die Kosten für den verordneten passiven Widerstand im Ruhrgebiet mehr und mehr den Verfall der Mark einleitete. Massenweise wurde weiter neues Geld gedruckt und der Kurs der Mark gegenüber dem Dollar sank weiter drastisch. Ende Juli 1923 kostete 1 Dollar 1 100 000 Mark.

Die Regierung Cuno wurde wegen Erfolglosigkeit durch die Regierung Stresemann ab 24.8.1923 abgelöst. Diese ließ den Ruhrkampf beenden.

Die Volkswirtschaft war inzwischen am völligen Zusammenbrechen. Die Wirtschaftstätigkeit nahm weiter ab und die Arbeitslosigkeit ständig zu. In Sachsen stieg diese von 8,4% auf 64,8%. Im Ruhrgebiet wurden 2 Millionen Arbeiter arbeitslos. Die Menschen, die keine Devisen oder Agrarprodukte bzw. Sachwerte hatten, waren der Verelendung preisgegeben. Arbeiter, Angestellte, Beamte, Sparer, Empfänger fester Einkommen, Rentner, Pensionäre bezahlten jetzt den Krieg und die Ruhrpolitik. Diese Menschen erlitten bitterste Armut. Der Reallohn eines Arbeiters lag Ende 1923 bei 25% der Vorkriegszeit.

Mein Vater erzählte mir, dass er als Lehrling 1922 bei seiner Firma einen Kredit zum Kauf eines Anzuges erhielt und er diesen 1923 mit einem Haufen wertlosen Geldes zurückzahlen konnte. Ein Vorteil für den, der Glück dabei hatte.

Nach einer Verordnung vom 15.10.1923 wurde die Schaffung der Rentenwährung vorgegeben. Am 15.11.1923 nahm die Rentenbank ihre Tätigkeit auf und wurde mit einem Kapital von 3,2 Milliarden Rentenmark ausgestattet. Der Reichswährungskommissar Schacht verantwortete das Verhältnis 1 Billion Mark (Papiermark) = 1 Rentenmark. Da keine ausreichenden Gold- und Devisen-Bestände mehr zur Deckung der neu zu schaffenden Währung zur Verfügung standen, wurde von ihm eine fiktive Belastung des deutschen Grund und Bodens und der deutschen Industrie in Höhe von 3,2 Milliarden Rentenmark verfügt. Ursächlicher Auslöser jetzt zu dieser Zeit war die deutsche Landwirtschaft, die sich weigerte im Herbst 1923 ihre Ernte gegen wertloses Papiergeld zu verkaufen.

Ab 1.12.1923 war die neue Währung als Geld und als Briefmarken vorhanden.

Laut einem Gesetz vom 30.8.1924 durften von der Rentenbank keine Noten mehr ausgegeben werden.

Das Postwesen hatte unter allen diesen Bedingungen schwerstens zu leiden. Ab 24.August 1923 begann die Zeit der extremen Notmaßnahmen im Postwesen aufgrund des Verfalls der Währung, die auch philatelistisch deutlich sichtbar wurde. Von August bis Ende November mussten 11-mal die Gebühren angepasst werden. Große Markenbestände mit überholten Wertstufen erforderten Aufdrucke in neuen Wertstufen und den Druck neuer Wertzeichen. Die Reichsdruckerei wurde dabei durch die Druckereien der OPD-en (Oberpostdirektionen) und einer Privatdruckerei aus Berlin (Boll) unterstützt.

Trotzdem waren weitere zusätzliche Notmaßnahmen erforderlich. Zu den wesentlichen Notmaßnahmen und Ausnahmerecheinungen gehörten:

- a - Vorrübergehende bare Verrechnung vom 24.8.1923 bis 14.12.1923 für Frankaturen mittels handschriftlicher Vermerke,
- b - mittels Gebührenstempeln,
- c - mittels Gebührenzetteln,
- d - mittels Stempel aus anderen Geschäftsbereichen der Post (z.B. Päckchenstempel),
- e - Massenverwendung von Marken,
- f - Briefmarken zum 4-fachen Nominalwert wurden am Schalter vom 26.–30.11.1923 verkauft oder auch beim Publikum vorhandene zum 4-fachen Wert akzeptiert).

Eine auszugsweise Übersicht der Porti zwischen der Portoperiode 16 (ab 24.August) und 26 (ab 26. November) verdeutlicht die Entwicklung der Teuerung in Mark. Unter Einbeziehung der Portoerhöhung von 1916 hatte die Reichspost die Gebühren in 26 Portoperioden an die Entwertung des Geldes anzupassen und dafür Leistungen bereitzustellen.

| Datum         | Porto-Periode | Drucksache bis 25g | Fernpostkarte | Fernbrief bis 20g |
|---------------|---------------|--------------------|---------------|-------------------|
| ab 24.8.1923  | 16            | 4 Tsd M            | 8 Tsd M       | 20 Tsd M          |
| ab 1.9.1923   | 17            | 15 Tsd M           | 30 Tsd M      | 75 Tsd M          |
| ab 1.11.1923  | 22            | 20 Mio M           | 40 Mio M      | 100 Mio M         |
| ab 5.11.1923  | 23            | 0,2 Mrd M          | 0,5 Mrd M     | 1 Mrd M           |
| ab 12.11.1923 | 24            | 2 Mrd M            | 5 Mrd M       | 10 Mrd M          |
| ab 20.11.1923 | 25            | 4 Mrd M            | 10 Mrd M      | 20 Mrd M          |
| ab 26.11.1923 | 26            | 16 Mrd M           | 40 Mrd M      | 80 Mrd M          |

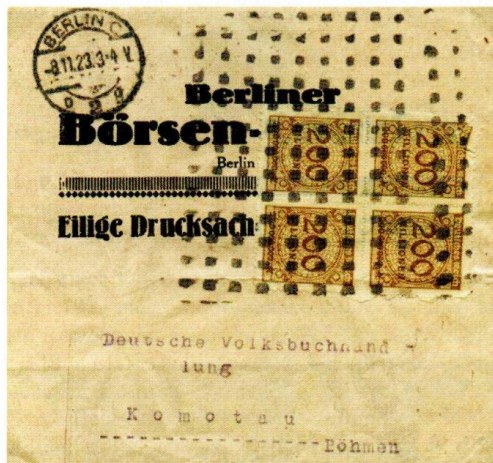
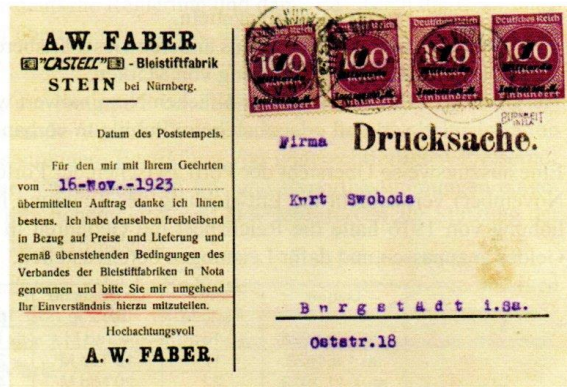
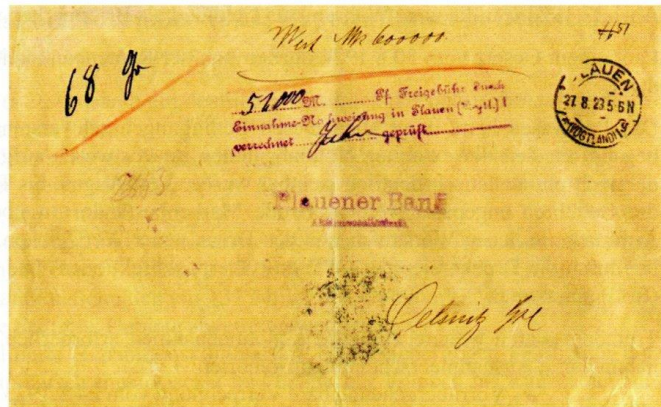


Fernpostkarte vom Ersttag der Portoperiode 16 (24.8.23)

Die Einnahme-Nachweis-Stempel sind als die ältesten bei der Reichspost verwendeten Gebührenstempel anzusehen und wurden anfänglich nur im inneren Dienst zur Verrechnung von Einnahmebeträgen verwendet. Diese mussten in ein Einnahme-Nachweis-Journal eingetragen und von einem zweiten Beamten gegengezeichnet werden.

Infolge der rasant fortschreitenden Geldentwertung wurden am 1.11., 5.11. und am 12.11.1923 die Gebühren verzehnfacht, am 20.11.1923 verdoppelt und ab 26.11.1923 noch einmal vervierfacht.

Ab 8.10 bis 22.11.1923 werden Briefmarken ohne und mit Aufdruck angepasst an die Geldentwertung im sogenannten Rosettenmuster ausgegeben. Die Zeit ab 1.11.1923 wurde zur kürzesten Portoperiode von 4 Tagen, da am 5.11.1923 wiederum eine Portonerhöhung folgte. Zwischen dem 16. und dem 23.11.1923 erfolgten auch Aufdrucke auf den Marken im Rosettenmuster in den OPDen Breslau, Erfurt, Frankfurt (Main), Hamburg, Hannover, Königsberg, Leipzig, München, Münster, Stettin und Stuttgart. Die OPD München gab zusätzlich am 7. November 1923 eine einzelne Marke mit dem Aufdruck 1Milliarde M auf 100 M heraus.



Die Drucksache mit 4x 200 Mio. M wurde mit einem stummen Stempel entwertet. Der Abgangsstempel mit Datum war zur Datumsfeststellung notwendig. Derartige stumme Entwertungen gibt es auch in vielen anderen Formen. Dies war eine echte Zeitersparnis für die Postbeamten.

Den kompletten Beitrag lesen Sie in Infla-Berichte 291

Sie können einzelne Hefte zum Preis von 5 Euro (4 Euro für Mitglieder) unter

INFLA-Berlin Verlags GmbH - Literaturversand

Wilhelm Keppler Maybachstr. 17 71735 Eberdingen

Oder unter

Wilhelm.Keppler@web.de bestellen.